

Pressemitteilung vom 18.03.2026 zum TV-N Bayern

Tarifverhandlungen für die bayerischen Nahverkehrsunternehmen – ver.di setzt auf Eskalation der Streiks statt Schlichtung

Die Gewerkschaft ver.di war auch in der 3. Tarifrunde bei ihren unerfüllbaren Forderungen geblieben. Sämtliche Kompromissvorschläge und Lösungsansätze der Arbeitgeberseite wurden erneut abgelehnt. Die Position der Gewerkschaft ver.di, dass die aufgestellten Forderungen vollständig erfüllt werden müssen, die aus Arbeitgebersicht wichtigen Punkte aber keinerlei Berücksichtigung finden, ist unrealistisch.

Zum Schutz der Bevölkerung vor weiteren Streiks haben die Arbeitgeber deshalb den Abschluss einer Schlichtungsvereinbarung vorgeschlagen. Während der Schlichtung gilt die sogenannte „Friedenspflicht“. Das bedeutet, dass bis zum Ende der Verhandlungen über ein Schlichtungsergebnis Streiks ausgeschlossen wären. Die Gewerkschaft ver.di hat zwischenzeitlich mitgeteilt, dass sie eine Schlichtungsvereinbarung derzeit für unnötig erachtet. Statt dem Abschluss einer Schlichtungsvereinbarung setzt die Gewerkschaft nun auf eine weitere Eskalation. Es werden erneut umfangreiche Streiks zulasten der Bevölkerung durchgeführt. Die Arbeitgeber kritisieren dieses Vorgehen scharf.

Streiks sind für die Arbeitgeberseite ohne eine Schlichtungsvereinbarung in der derzeitigen Verhandlungssituation nur durch eine vollständige Erfüllung der Forderungen abwendbar. Ver.di ist bewusst, dass dies bei einem Volumen von weit über 25 % nicht finanzierbar und damit verantwortungslos gegenüber der Bevölkerung ist. Die Erfüllung dieser Forderungen erfolgt aus öffentlichen Geldern und würde zu erheblichen Fahrpreisanstiegen und Sparmaßnahmen bei Verkehrsangeboten, Investitionen und Personal führen.

Ver.di vertraut darauf, dass bei öffentlichen Arbeitgebern – anders als bei wirtschaftlich agierenden Unternehmen – auch völlig unverhältnismäßige Kostensteigerungen durch öffentliche Gelder und Fahrpreiserhöhungen ausgeglichen werden.

Die Arbeitgeber setzen weiterhin auf eine Tarifeinigung und haben einen 4. Verhandlungstermin für den 23.03.2026 angeboten. Wir appellieren an die Gewerkschaft ihre Position zu überdenken. Verhandlungen müssen alle Sichtweisen angemessen berücksichtigen. Das sind zum einen die Interessen der Beschäftigten, zum anderen – wie in allen anderen Branchen – die wirtschaftliche Situation der Unternehmen.